



Halbzeit-Bulletin

Sehr geehrte Damen und Herren,

zwei Jahre sind seit der letzten Bundestagswahl vergangen. Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen der Union, den Grünen und der FDP gescheitert waren, haben sich CDU, CSU und die SPD der Verantwortung gestellt und zum dritten Mal seit 2005 eine große Koalition (GroKo) formiert. Die Sozialdemokraten haben in den Koalitionsverhandlungen darauf bestanden, nach der Hälfte dieser Legislaturperiode auf einem Parteitag im Dezember von den Delegierten über die weitere Zusammenarbeit mit der Union abstimmen zu lassen. Die GroKo ist im März 2018 deshalb unter schwierigen Voraussetzungen und einer gehörigen Portion Skepsis von Seiten der SPD gestartet. Für keinen der beiden Fraktionen war es die Wunschkonstellation. Es ging damals darum, für stabile Verhältnisse zu sorgen, gerade vor dem Hintergrund, dass es in Europa in vielen Ländern instabile Regierungen gibt. Dieser Verantwortung haben sich Union und SPD gestellt. Die Parteien haben sich auf einen anspruchsvollen Koalitionsvertrag geeinigt, der zugegebenermaßen nicht als der große Wurf zu bezeichnen ist, sich dennoch in vielen Politikbereichen Reformen auf die Fahne geschrieben hat, die wir zu einem großen Teil abgeschlossen haben oder bereits angegangen sind. Und die Arbeit der Großen Koalition ist so erfolgreich wie kaum eine andere vor ihr. Die Bertelsmann-Stiftung hat festgestellt, dass die GroKo besser als ihr Ruf sei und ihre Versprechen zügig umsetze. Dazu gehören die finanzielle Entlastung von Familien, der Digitalpakt Schule, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Anhebung des Mindestlohns, die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, eine Quote der Sozialabgaben unter 40 Prozent, ein Bürokratie-Entlastungsgesetz für die Wirtschaft, ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Familiennachzugsgesetz bei Flüchtlingen, das Geordnete-Rückkehr-Gesetz und schließlich das Klimapaket.

Wie wertvoll ist also die Arbeit der GroKo? Sicher ist, dass sie nicht visionär ist. Aber mit dem Blick nach außen ist Stabilität unser Trumpf. Deshalb wünsche ich mir auch, dass die Koalition hält. Ich wünsche mir aber auch, dass es bei der nächsten Bundestagswahl zu einer für das Land spannenden und visionären Regierung kommt – möglichst mit der Union als stärksten Partner.

Ihr 

In dieser Ausgabe des Bulletins stelle ich Ihnen die wichtigsten Reformen vor, die wir im Bundestag bislang erreicht haben. Manche Gesetze erfüllen meine Vorstellungen, andere erfüllen sie zum Teil und mit wenigen bin ich nicht zufrieden.



zufrieden



mäßig zufrieden



unzufrieden

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung

- Mit dem **Fachkräftezuwanderungsgesetz** ist eine Erleichterung des **Zuganges von Fachkräften mit qualifizierter Berufsausbildung** nach klaren Kriterien beschlossen worden. Für die Gewinnung von akademischen Fachkräften aus Drittstaaten verfügen wir bereits über einen anerkannten Rechtsrahmen.
- Die Begrenzung der illegalen Migration ist mit dem „Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ beschlossen worden -> Erleichterte Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft.
- Die im Juli 2016 eingeführte Wohnsitzauflage für schutzberechtigte Flüchtlinge sollte ursprünglich nach drei Jahren beendet werden. Der Bundestag hat für die Entfristung gestimmt, um den Kommunen und Ländern die erforderliche Planbarkeit bei den Integrationsangeboten zu garantieren.



Starker Staat für innere Sicherheit

- **Pakt für den Rechtsstaat** stärkt Justiz und Polizei. 2.000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, 15.000 zusätzlich Polizisten bei Bund und Ländern, jeweils bis Ende 2021; *Modernisierung der Strafverfahren wird noch bis Ende des Jahres im Bundestag beschlossen.*
- **Verlust der Staatsangehörigkeit** bei Terroraktivitäten im Ausland.



Investitionen in Infrastruktur

- Das **Breitbandförderprogramm** ist auf Gigabit umgestellt worden und im Verfahren deutlich vereinfacht. **Kommunen**, die bislang auf Kupferkabel gesetzt haben, konnten ihre Projekte noch 2018 auf **Glasfaser** umstellen.
- Mit der **Versteigerung der 5G-Frequenzen** sind Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Deutschland Leitmarkt für den neuen Mobilfunkstandard 5G wird. Um den 5G-Ausbau voranzutreiben, hat die Bundesregierung die **Netzbetreiber verpflichtet**, bis **spätestens 2022** insgesamt mindestens **4.000 5G Mobilfunkanlagen** zu errichten und **alle Autobahnen und wichtigen Bundesstraßen mit 5G** zu versorgen.
- Die Einbeziehung des Herstellers mit den **besten technischen Voraussetzungen** für den schnellen Bau von **5G-Anlagen**, die **chinesische Firma Huawei**, löst bei vielen **Sicherheitsbehörden Skepsis** hervor. Ob sich die Bundesregierung erlauben kann, **Huawei nicht zuzulassen**, ist noch umstritten.
- Das 2019 novellierte **Netzausbaubeschleunigungsgesetz** soll Genehmigungsverfahren für Neubau, Verstärkung und Optimierung von Stromleitungen vereinfachen und beschleunigen. Im Mai 2019 haben sich **Bund und Länder** mit der Bundesnetzagentur und den Übertragungsnetzbetreibern auf **konkrete Zeitpläne und Meilensteine** verständigt.
- Für den notwendigen Beitrag des **Verkehrssektors** zum Erreichen der Klimaschutzziele wird das **Marktanreizprogramm für Elektromobilität** zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für **Elektrofahrzeuge** ausgebaut.



Stärkung der Rente, Pflege und Gesundheitsversorgung

- Die Unionsfraktion hat den **Kompromiss** des Koalitionsausschusses zwischen CDU, CSU und SPD zur **Grundrente** bestätigt. Es sind **Maßnahmen zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung, Freibeträge bei der Grundsicherung und Wohngeld** enthalten. Die umfassende Einkommensprüfung soll sicherstellen, dass die Grundrente denen hilft, die sie wirklich benötigen. Sie kommt einer Bedarfsprüfung, wie sie von der Union gefordert wurde, sehr nahe. Die Finanzierung aus Steuermitteln muss aber noch genau berechnet werden.
- Mit dem **Sofortprogramm Pflege** sind die Grundlagen für 13.000 neue Stellen für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen geschaffen worden.
- Mit der Reform der Ausbildung für Pflegeberufe haben wir den Pflegeberuf attraktiver gestaltet: das Schulgeld wurde abgeschafft, stattdessen erhalten Auszubildende eine Vergütung.
- Damit Kassenpatienten nicht länger auf einen Termin warten müssen, hat der Bundestag durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz dafür gesorgt, dass Arzttermine für Kassenpatienten schneller vergeben werden müssen.



Klima und Umwelt

- **Umfassendes Klimapaket:** Es enthält unter anderem Anreize durch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, günstigere Bahnfahrten, die Förderung von klimafreundlichen Heizungen und E-Mobilität, maßvolle Verteuerung des klimaschädlichen CO₂. Bei der Einführung einer CO₂-Steuer hätte ich mir allerdings einen höheren Einstiegspreis gewünscht
- **Ausstieg aus Kohle** bis 2038 wird vorbereitet; die Unterstützung der betroffenen Regionen beim Strukturwandel in Milliardenhöhe kommt.



Perspektiven für Familien, Kinder und junge Menschen

- **Digitalisierung der Schule:** Wir haben das Grundgesetz geändert, damit der Bund die Digitalisierung der Schulen mit fünf Mrd. Euro unterstützen kann.
- **Fortführung des Kitaausbaus:** Über die bereits gezahlten elf Mrd. Euro hinaus zahlt der Bund bis 2022 weitere 5,5 Mrd. Euro zum Ausbau von Kindertagesstätten (Gute-Kita-Gesetz).
- „Schwarze Null“ im Bundeshaushalt garantiert Generationengerechtigkeit.



Zukunft der Landwirtschaft

- Zukunft der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**: Die bisherigen Säulen sollen ebenso erhalten bleiben wie die Landwirtschaftsfonds zur Unterstützung nationaler Programme. Da aufgrund des Brexit eine Absenkung des Agraretats zu erwarten ist, sollten Kürzungen in der ersten Säule vermieden werden. 
- **Probleme aktueller Förderpolitik**: Die Weideflächen des Südschwarzwalds entziehen sich den Kategorisierungen aktueller Förderverfahren, weshalb es immer wieder zu Unstimmigkeiten bei der Feststellung der Bruttoflächen kommt, da die Definitionen die Besonderheiten der Flächen nicht berücksichtigen. Eine optimierte Förderpolitik sollte die Vielfalt der Ausprägungen der typischen Weidesysteme innerhalb einer großflächig abgegrenzten Weidefläche fördern. 
- **Aktionsprogramm Insektenschutz**: Bislang ist es nur eine Absichtserklärung von Ministerin Svenja Schulze (SPD). Es drohen großflächige Bewirtschaftungsauflagen und Unterschutzstellungen. Das ist mit uns nicht zu machen. Denn erst dank der Pflege durch Generationen von Winzern und Landwirten ist diese Vielfalt entstanden. Ein Verbot von Pestiziden in Schutzgebieten ist mit der Union nicht zu machen. 
- 21. Oktober 2019: Bundesministerin **Julia Klöckner** besucht Raumschaft Schwarzwald: Die Ministerin versprach, die spezifischen Eigenheiten der Raumschaft Schwarzwald mit nach Brüssel zu nehmen und sich dort für unsere Raumschaft einzusetzen. 

Mehr bezahlbarer Wohnraum

- Das **Baukindergeld** für Familien, die sich Eigentum kaufen, mit 1.200 € pro Kind und Jahr für die Dauer von zehn Jahren ist gut angelaufen. Anträge sind noch bis zum 31. Dezember 2020 möglich. 
- **Sozialer Wohnungsbau**: Das Grundgesetz wurde geändert, damit der Bund den sozialen Wohnungsbau mit fünf Milliarden Euro unterstützen kann. 